Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10293

01. 04. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

zu dem Antrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/7147 –

Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einrichten – Massenarbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen bekämpfen

A. Problem

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland führt zu schweren sozialen Problemen in der Gesellschaft und belastet den Haushalt in einem hohen Maße. Nach Ansicht der Antragsteller ist das Problem der hohen Arbeitslosenzahlen nicht durch eine Senkung der Arbeitskosten zu lösen, da auch auf diesem Wege die Unternehmen nicht im Inland gehalten werden können. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, ein Programm zur Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors aufzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 13/7147.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen können und dürfen nur Brückenfunktion haben, sollen sie nicht der Einstieg in eine ineffiziente Staatswirtschaft sein.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Verstärkung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums.

D. Kosten

Die Kosten, die erheblich wären, wurden nicht näher erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/7147 abzulehnen.

Bonn, den 31. März 1998

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ulrike Mascher	**Adolf Ostertag**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Adolf Ostertag

I. Beratungsverlauf

Der Antrag auf Drucksache 13/7147 ist in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Innenausschuß hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Vertreterin der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 71. Sitzung am 10. Dezember 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. März 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Gesundheit hat den Antrag in seiner 115. Sitzung am 25. März 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner 56. Sitzung am 24. September 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 67. Sitzung am 14. Januar 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 12. November 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 9. Dezember 1997 beraten und in seiner 126. Sitzung am 25. März 1998 abgeschlossen. Der Ausschuß empfahl mit den Stimmen der Mitglieder aller Fraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen soll nach den Vorstellungen der Antragsteller ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor geschaffen werden. Dieser soll auf die Entwicklung von Projekten mit sozialer, ökologischer und infrastruktureller Zielstellung gerichtet sein. Die hierdurch entstehenden Arbeitsplätze sollen auf Dauer angelegt und nach Tarif bezahlt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 13/7147 verwiesen.

III. Ausschußberatungen

Die Mitglieder der Gruppe der PDS erläuterten, es bestünde auf den Gebieten, in denen Arbeit nicht gewinnbringend sei, trotzdem ein großer Bedarf an menschlicher Arbeitskraft. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor solle ein neues Element auf dem Arbeitsmarkt sein, das durch öffentliche Nachfrage und private Initiative geschaffen werden könne. Die in diesem Sektor geschaffenen Arbeitsplätze müßten auf Dauer angelegt sein.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. kritisierten, dirigistisches staatliches Handeln sei teuer und schaffe keine wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze. Es sei notwendig, die Arbeit in Deutschland durch weniger staatliche Reglementierung und mehr Eigenverantwortung beweglicher und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger zu machen. Die Lösung des Problems liege in einer Steuerreform, die geeignet sei, der Wirtschaft neue Impulse zu geben. Ziel der Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt sei eine Wiedereingliederung der Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt. Die Einrichtung dauerhafter Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt sei daher kontraproduktiv.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD bekannten sich zu einer öffentlichen Förderung von Arbeitsplätzen vor allem für Langzeitarbeitslose, arbeitslose Jugendliche und leistungsgeminderte Arbeitslose. Es sei jedoch langfristiges Ziel öffentlicher Förderung, Arbeitsplätze zu schaffen, die sich selbst finanzierten. Durch eine Ausgestaltung der Förderung im Sinne der Gruppe der PDS würden der zweite Arbeitsmarkt

isoliert und der Wechsel auf den ersten Arbeitsmarkt unmöglich gemacht. Der Antrag sei mit dem Ziel der Vollbeschäftigung ohne dauerhafte staatliche Zuschüsse nicht vereinbar und daher abzulehnen. Statt dessen sollten der Ausbau und eine Verstetigung der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik angestrebt werden.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielten die Grundrichtung des Antrags für angemessen, konnten jedoch die vorgeschlagene Ausgestaltung nicht unterstützten. Eine notwendige Konsequenz der historisch hohen Arbeitslosenzahl sei die Schaffung dauerhafter Beschäftigung im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich.

Bonn, den 31. März 1998

Adolf Ostertag

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333